

Statistik und Informationsmanagement Monatshefte

Herausgeberin:
Landeshauptstadt Stuttgart

Themen

7/2014

**Kleinräumige Auswertungspotenziale der Daten
des Zensus 2011 im Bereich Wohnen**

**Kumulieren und Panaschieren – Wie nutzten die
Stuttgarter Wähler/-innen die Möglichkeiten des
baden-württembergischen Stimmgebungsverfahrens
bei der Gemeinderatswahl 2014?**

Wahlbeteiligung der Unionsbürger/-innen erreicht bei der
Gemeinderatswahl 2014 ein Rekordtief

Senioren zieht es ins Stuttgarter Umland –
Die Wanderungsverluste in der Altersgruppe 50plus haben
sich in den vergangenen Jahren jedoch abgeschwächt

Veröffentlichungen zu den Themen



Aktuelle Grafik:

Wahlbeteiligung der Unionsbürger/-innen erreicht bei der
Gemeinderatswahl 2014 ein Rekordtief 191

Kurzbericht:

Senioren zieht es ins Stuttgarter Umland – Die Wanderungsverluste
in der Altersgruppe 50plus haben sich in den vergangenen Jahren
abgeschwächt 192

Hauptbeiträge:

**Kleinräumige Auswertungspotenziale der Daten des Zensus 2011
im Bereich Wohnen 196**

**Kumulieren und Panaschieren – Wie nutzten die Stuttgarter
Wähler/-innen die Möglichkeiten des baden-württembergischen
Stimmgebungsverfahrens bei der Gemeinderatswahl 2014? 203**

Veröffentlichungen zu den Themen Rückseite

Impressum:

Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 7/2014

Herausgeberin:

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt, Eberhardstraße 39, 70173 Stuttgart
Telefon 0711 216-98587, Telefax 0711 216-98570
E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de
Internet: www.stuttgart.de/statistik

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Thomas Schwarz

Preis pro Monatsheft: 4 €



Wahlbeteiligung der Unionsbürger/-innen erreicht bei der Gemeinderatswahl 2014 ein Rekordtief

Michael Haußmann

Mit 46,6 Prozent Wahlbeteiligung wurde am „Superwahltag“ 25. Mai 2014 ein neuer Tiefstwert in der Stuttgarter Gemeinderatswahlgeschichte erreicht. Nur bei der Oberbürgermeisterwahl 2004 haben anteilmäßig noch weniger Wahlberechtigte ihre Stimme abgegeben (Hauptwahl: 46,0 %, Neuwahl: 43,1 %).

Vor dem Hintergrund, dass die Zahl der wahlberechtigten Stuttgarter/-innen ohne deutschen Pass bei dieser Wahl aufgrund der EU-Erweiterung und der anhaltenden Zuwanderung mit 65 000 einen neuen Rekordwert erreicht hat, wurde die Wahlbeteiligung auch nach der Staatsangehörigkeit betrachtet. Bereits bei den vorangegangenen sechs Wahlen seit 1996, bei denen Unionsbürger/-innen in Stuttgart wählen durften, lag die Wahlbeteiligung deutlich unter dem Durchschnitt, Tendenz sinkend. Dieser Negativtrend hat sich auch bei der aktuellen Wahl fortgesetzt: Die Wahlbeteiligung der Unionsbürger/-innen lag dieses Mal bei äußerst geringen 11,4 Prozent (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Wahlbeteiligungsquoten bei den Wahlen auf kommunaler Ebene in Stuttgart seit 1996 nach Staatsangehörigkeit

Jahr	Wahl	Wahlbeteiligung in %		
		insgesamt	Deutsche	Unionsbürger
1996	Oberbürgermeisterwahl ¹	53,2	56,2	21,5
1999	Gemeinderatswahl	47,7	50,1	22,5
2004	Gemeinderatswahl	48,7	52,3	18,0
2004	Oberbürgermeisterwahl ¹	46,0	49,5	15,4
2009	Gemeinderatswahl	48,7	53,7	14,9
2013	Oberbürgermeisterwahl ¹	46,7	52,3	12,6
2014	Gemeinderatswahl	46,6	54,1	11,4

¹ Jeweils erster Wahlgang (Hauptwahl).

Quelle: Repräsentativstatistik

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

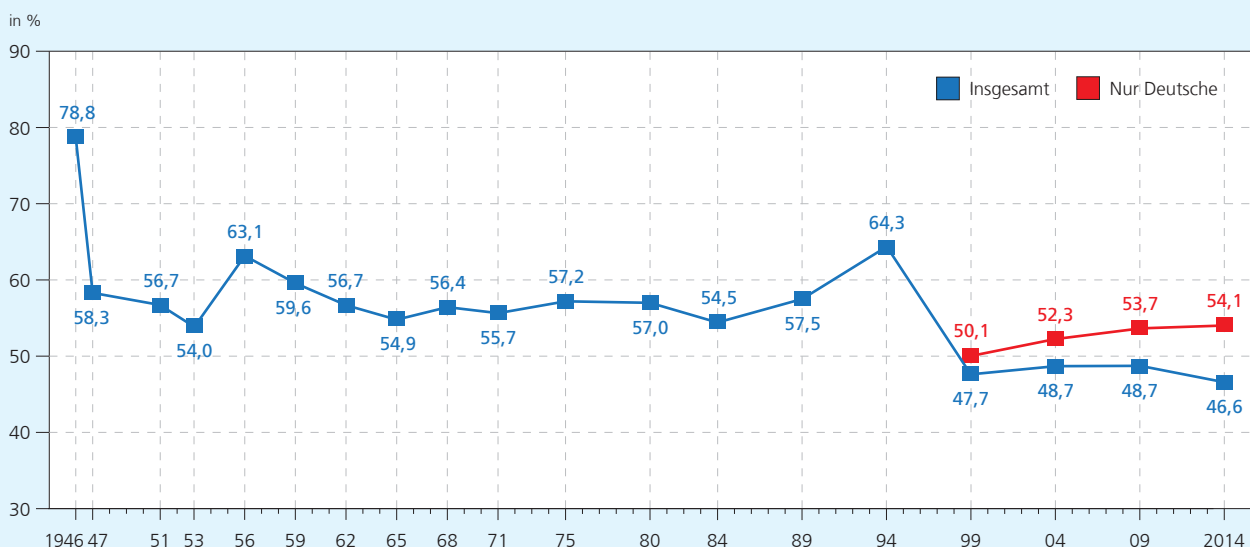
KoMuNIS

Betrachtet man im Umkehrschluss nur die Wahlbeteiligung der Stuttgarter/-innen mit deutschem Pass, so fällt zum einen auf, dass diese bei keiner einzigen Gemeinderatswahl der Nachkriegszeit unter 50 Prozent lag, zum anderen, dass die Beteiligung

seit 1999 kontinuierlich ansteigt und mit 54,1 Prozent langsam wieder an die langjährigen durchschnittlichen Wahlbeteiligungsquoten der 1950er- bis 1990er-Jahre herankommt (vgl. Abbildung 1).

191

Abbildung 1: Wahlbeteiligungsquoten bei den Gemeinderatswahlen in Stuttgart seit 1946 nach Staatsangehörigkeit



Quelle: Repräsentativstatistik

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMuNIS

Senioren zieht es ins Stuttgarter Umland – Die Wanderungsverluste in der Altersgruppe 50plus haben sich in den vergangenen Jahren jedoch abgeschwächt

Ansgar Schmitz-Veltin

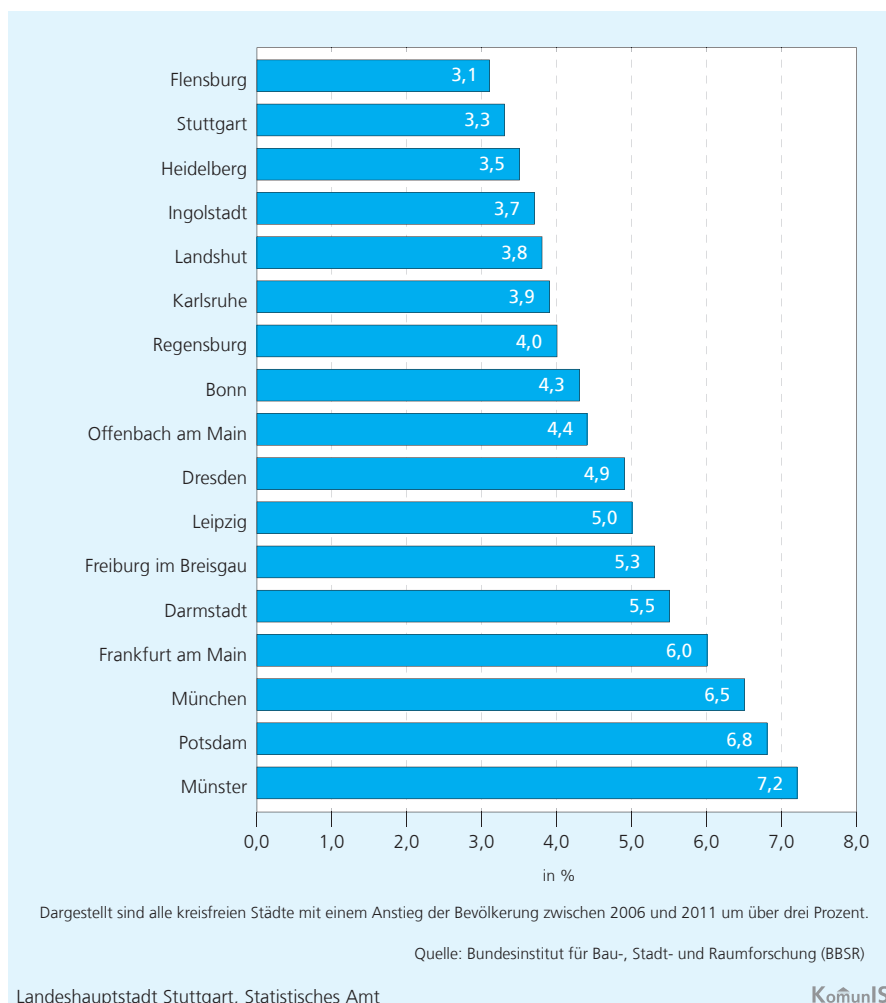
Die Großstädte Deutschlands sind seit einigen Jahren durch anhaltende Wanderungsgewinne gekennzeichnet. Der Anstieg der Außenwanderungen, insbesondere aus Süd- und Osteuropa, aber auch Binnenwanderungsgewinne haben zuletzt dazu geführt, dass die Einwohnerzahlen zahlreicher Städte kräftig angestiegen sind. So wuchs die Bevölkerung Münchens, Frankfurts oder Leipzigs zwischen 2006 und 2011 in Folge der Zuwanderung um jährlich mehr als ein Prozent an. Auch kleinere Städte wie Münster, Potsdam, Darmstadt oder Freiburg waren in diesem Zeitraum durch enorme Einwohnerzuwächse gekennzeichnet (vgl. Abbildung 1).¹

Doch während der Befund steigender Einwohnerzahlen in einer Vielzahl deutscher Städte eindeutig festgestellt werden kann, sind die dahinter stehenden Gründe und Einflüsse vielschichtig und widersprüchlich (Jessen et al. 2012). Vieles spricht dafür, dass es vor allem die jungen Erwachsenen sind, die den Trend nach städtischem Wohnen tragen (Hochstetter 2013b). Zwar werden in entsprechenden Konzepten und Untersuchungen auch immer wieder Senioren als Nachfrager des städtischen Wohnens ausgemacht: „Ein großes Potenzial für die Reurbanisierung wird in der Gruppe der jungen Senioren gesehen, die als Suburbaniten die Stadt verlassen

haben und nach Auszug der Kinder die Annehmlichkeiten des städtischen Lebens für sich entdecken“ (Pedlow 2011). Der empirischen Überprüfung jedoch hält diese Einschätzung bislang nicht stand. „Die Altersgruppe der Senioren (über 65 Jahre) weist in einer überwiegenden Anzahl der Städte einen negativen Wanderungssaldo auf [...] Eine Rückwanderung von Senioren in die Innenstädte kann [...] bislang nicht ausgemacht werden“ (Jessen et al. 2012). Im Gegenteil: Die Altersgruppen der älteren Berufstätigen und Senioren über 50 Jahren zeigen einen deutlichen Wanderungstrend zu Ungunsten der Großstädte. Vor allem Städte mit insgesamt hohen Wanderungsgewinnen wie München, Karlsruhe, Heidelberg oder Frankfurt am Main sind durch Wanderungsverluste der 50- bis unter 65-Jährigen sowie der mindestens 65-Jährigen gekennzeichnet (vgl. Karte 1).

Die „Welt am Sonntag“ hat vor diesem Hintergrund jüngst bereits den „Auszug der Senioren“ aus den Großstädten beschrieben.² Mit Hilfe bundesweiter Wanderungsdaten kann dargestellt werden, dass Senioren nicht nur im geringeren Umfang an der Wanderung in die Städte beteiligt sind und im Wesentlichen ihre Wohnstandorte beibehalten (Kramer/Pfaffenbach 2011), sondern anhaltend die Großstädte verlassen. Zu den Zielgebieten der sogenannten Ruhestandswanderungen zählen ländliche Regionen mit landschaftlicher Attraktivität ebenso wie kleinere und mittlere Städte mit guter kultureller, sozialer und medizinischer Infrastruktur.

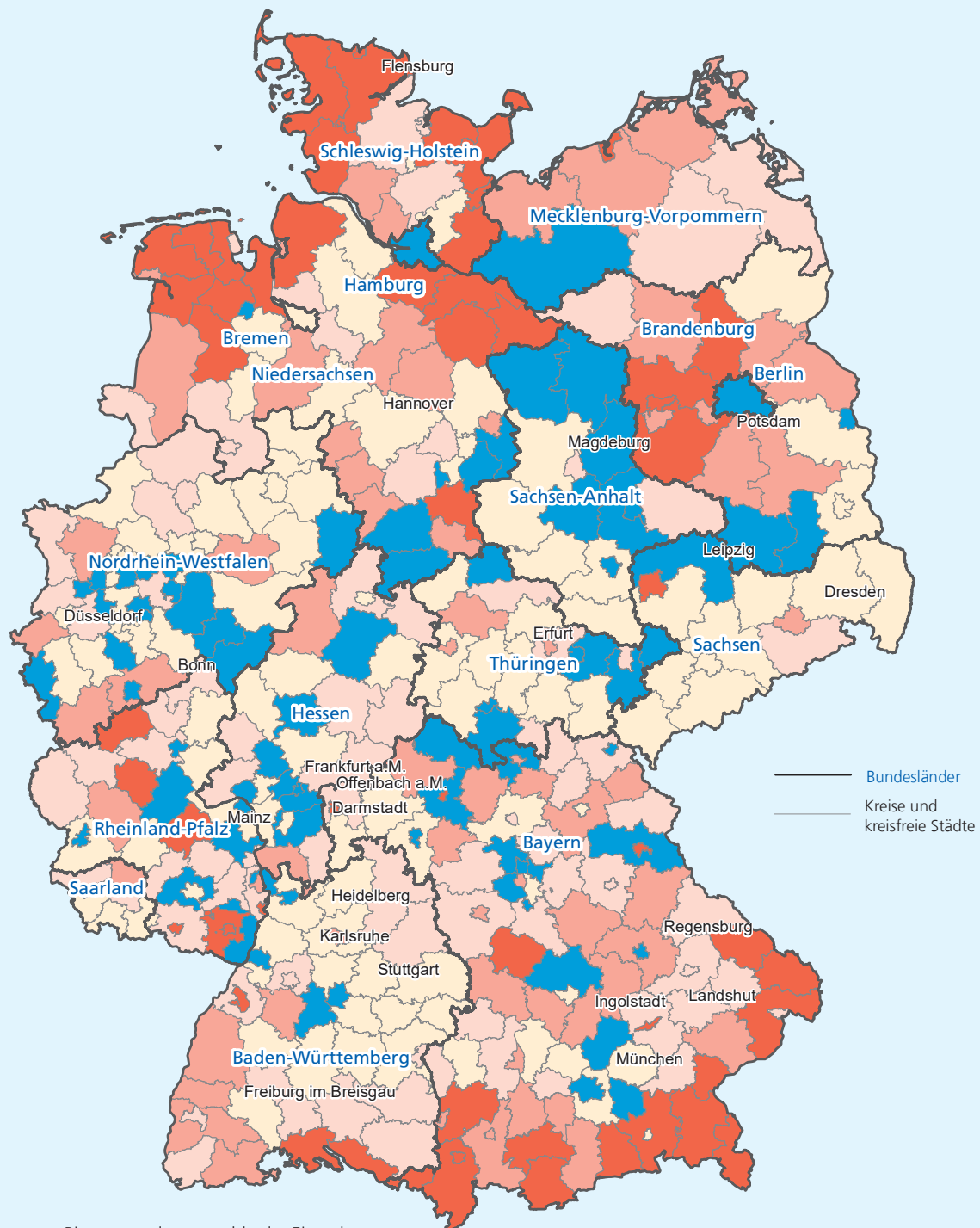
Abbildung 1: Prozentuale Einwohnerentwicklung in deutschen Städten zwischen 1996 und 2011



1 Für einen Überblick zu aktuellen Wanderungstendenzen in deutschen Städten vergleiche Herfert/Osterhage 2012. Einen Überblick zur aktuellen Wanderungsentwicklung in Baden-Württemberg siehe Hochstetter 2013a.

2 Haimann, Richard (2014): Auszug der Senioren. In: Die Welt am Sonntag, Ausgabe 10 (9. März 2014), S. 11.

Karte 1: Binnenwanderungssaldo der Einwohner zwischen 50 und unter 65 Jahren in Deutschland 2011



Binnenwanderungssaldo der Einwohner
von 50 bis unter 65 Jahren
je 1000 Einwohner der Altersgruppe

- unter -1,2
- -1,2 bis unter 0,1
- 0,1 bis unter 1,4
- 1,4 bis unter 3,2
- 3,2 und mehr

Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR);
Wanderungstatistik des Bundes und der Länder

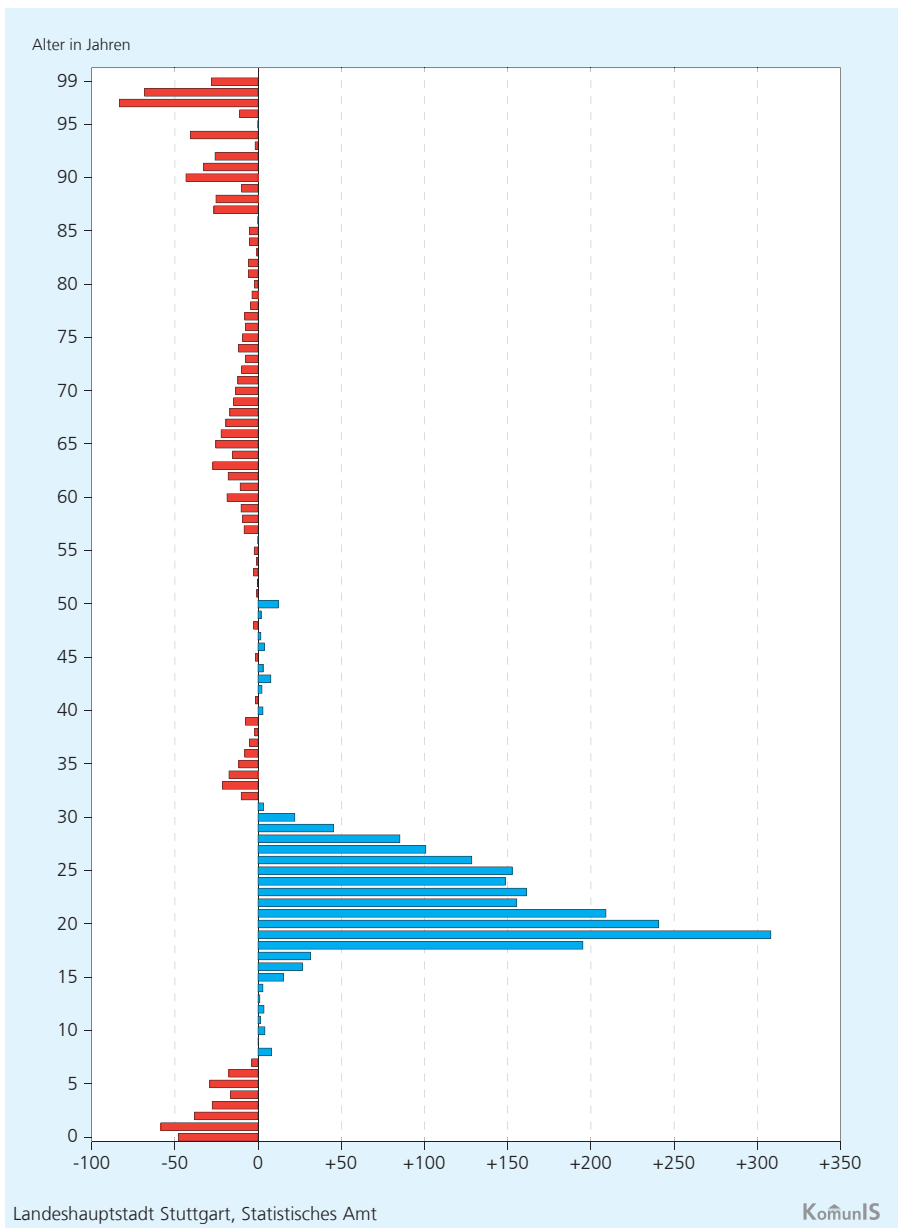
Städte wie Baden-Baden, Speyer und Weimar stehen neben dem Alpenvorland, einigen Mittelgebirgslagen und der Nordseeküste ganz oben auf der Liste der Wanderungsgewinner.

Auch in Stuttgart haben sich in den vergangenen Jahren gegensätzliche Entwicklungen gezeigt. Während die Stadt insgesamt durch Einwohnerzuwächse in Folge von Wanderungsgewinnen gekennzeichnet war (vgl. Schmitz-Veltin 2012), bleibt die Wanderungsbilanz der älteren Berufstätigen (50 bis unter 65 Jahren) sowie der Senioren (65 Jahre und älter) im negativen Bereich. Insgesamt verzeichnet Stuttgart Wanderungsüberschüsse nur bei den 18- bis unter 30-Jährigen (vgl. Abbildung 2), alle anderen Altersgruppen sind dadurch gekennzeichnet, dass mehr Menschen aus Stuttgart fort- als nach Stuttgart zuziehen. Besonders hoch sind die Verluste bei Kindern unter sechs Jahren (und ihren Eltern), bei den 60- bis 70-Jährigen sowie bei den Hochbetagten über 85 Jahren.

Die Analyse der Wanderungssalden der 50-Jährigen und Älteren seit den 1970er-Jahren zeigt, dass sich an den Salden mit einigen Herkunft- und Zielregionen nur wenig verändert hat (vgl. Abbildung 3). Insbesondere in das Umland (Region Stuttgart) wandern kontinuierlich deutlich mehr Ältere ab als zu. In den letzten Jahren verlor Stuttgart im Saldo jeweils rund 600 Einwohner ab 50 Jahren an die Region, die meisten hiervon (jeweils rund 50) an Fellbach, Ostfildern und Leinfelden-Echterdingen.

Dennoch scheinen sich die Wanderungsmuster der Älteren in den vergangenen Jahren verändert zu haben: So ist die Bilanz der Wanderungen mit anderen Regionen Baden-Württembergs im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten heute nahezu ausgeglichen. Bei den älteren Berufstätigen wurden in den vergangenen Jahren sogar leichte Wanderungsgewinne verzeichnet. Dies lässt sich sowohl auf einen Rückgang der Fortzüge als auch auf einen Anstieg der Zuzüge insbesondere der 50- bis unter 65-Jährigen zurückführen. Auch hinsichtlich der

Abbildung 2: Wanderungssaldo je 1000 Einwohner in Stuttgart 2012/2013 nach Alter



Wanderungen mit anderen Bundesländern war zuletzt ein Rückgang der Wanderungsverluste festzustellen. Die beliebtesten Fortzugsgemeinden der Stuttgarter in den betrachteten Altersgruppen außerhalb der Region sind Berlin, Leipzig, Freiburg, Reutlingen, München und Lindau am Bodensee. Dagegen profitiert Stuttgart von den Zuzügen 50-Jähriger und Älterer aus Karlsruhe und Mannheim.

Die Motive für die Wanderungen Älterer sind vielschichtig. Neben der landschaftlichen Qualität und infrastruktureller Ausstattung, die vor allem von „jungen Alten“ als Wan-

derungsmotiv gesehen werden, sind es häufig eher pragmatische Gründe, welche die Wohnstandortsentscheidungen beeinflussen. So ist die räumliche Nähe zu Verwandten und Freunden für Ältere und Einpersonenhaushalte ein entscheidender und wichtiger Umzugsgrund (Münter 2011; Steffen et al. 2012). Und letztlich gilt für Ältere das gleiche wie für alle anderen, die innerhalb eines angespannten Wohnungsmarktes umziehen, auch: Viele Umzugsentscheidungen werden schlicht dadurch bestimmt, an welcher Stelle eine passende und finanzierbare Wohnung gefunden werden kann.

Abbildung 3: Wanderungssalden der 50- bis unter 65-Jährigen sowie der mindestens 65-Jährigen in Stuttgart in den 1970er-, 1980er-, 1990er-, 2000er- und 2010er-Jahren (Jahresdurchschnitte) nach Herkunfts- und Zielgebiet



Literaturverzeichnis:

Herfert, Günter; Osterhage, Frank (2012): Wohnen in der Stadt: Gibt es eine Trendwende zur Reurbanisierung? Ein quantitativ-analytischer Ansatz. In: Brake, Klaus; Herfert, Günter (Hrsg.): Reurbanisierung. Materialität und Diskurs in Deutschland. Wiesbaden.

Hochstetter, Bernhard (2013a): Stadt – Land – Flucht? Teil I: Analysen zu aktuellen Wanderungstrends in Baden-Württemberg. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2013, S. 10-18.

Hochstetter, Bernhard (2013b): Stadt – Land – Flucht? Teil II: Wie die Kinder der Babyboomer und die Bildungsexpansion das Wanderungsgeschehen in Baden-Württemberg beeinflussen. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 10/2013, S. 12-18.

Jessen, Johann; Siedentop, Stefan; Zakrzewski, Philipp (2012): Rezentralisierung der Stadtentwicklung? Kleinräumige Untersuchung des Wanderungsgeschehens in deutschen Großstädten. In: Brake, Klaus; Herfert, Günter (Hrsg.): Reurbanisierung. Materialität und Diskurs in Deutschland. Wiesbaden.

Münter, Angelika (2012): Wanderungsentscheidungen von Stadt-Umland-Wanderern. Regionaler Vergleich der Muster und Motive, Informations- und Wahrnehmungslücken sowie Beeinflussbarkeit der Wanderungsentscheidungen in vier Stadtregionen. Münster.

Pedlow, Stephanie (2011): Die neue Attraktivität der Stadt. Wohnpräferenzen und Motive der Wohnstandortwahl in familienorientierten Neubaugebieten Darmstadts. Darmstadt.

Schmitz-Veltin, Ansgar (2012): Bevölkerungsdynamik und Wanderungen in der Stadtregion Stuttgart – Von der Sub- zur Reurbanisierung? In: Statistik und Informationsmanagement 71, Monatsheft 4, S. 129-149.

Steffen, Gabriele; Schork, Carolin; Bosch-Lewandowski, Simone (2012): Umzugsmotive Waiblingen. Befragung von Weggezogenen, Zugezogenen und Umgezogenen. Stuttgart.

Lucas Jacobi

Kleinräumige Auswertungspotenziale der Daten des Zensus 2011 im Bereich Wohnen¹

Zusammenfassung

Die Ergebnisse des Zensus 2011, der ersten Volkszählung seit 1987, ergänzen das Datenangebot der Kommunalstatistik im Bereich Wohnen und bieten die Chance, die jährliche Fortschreibung der Wohnungszahlen durch die Bautätigkeitsstatistik kleinräumig zu überprüfen und auf eine neue Grundlage zu stellen. Zudem können durch die Verknüpfung von Wohnungen und Bewohnern nun für die kommunale Daseinsvorsorge höchst relevante Fragestellungen bearbeitet werden: Wer wohnt wie und wo? Knappe personelle Ressourcen auf kommunaler Seite machen es allerdings zu einer Herausforderung, die Ergebnisse des Zensus zeitnah auszuwerten und zu veröffentlichen.

In der Vorbereitung des Zensus 2011 haben Vertreter der Kommunalstatistik vielfach formuliert, welche kleinräumigen Daten für Planungszwecke der Kommunen notwendig sind. Das Erhebungskonzept des Zensus 2011 enthielt allerdings weitgehend nur die Mindestanforderungen der Europäischen Union, obwohl durch die Aufnahme zusätzlicher Merkmale mit geringem Aufwand ein enormer Erkenntnisgewinn hätte erzielt werden können. In der Diskussion um das Erhebungsprogramm des nächsten Zensus im Jahr 2021 sind deshalb Wissenschaft und kommunale Praxis gefordert, ihre Positionen zu formulieren und einzubringen.

1. Datenangebot des Zensus 2011

Zum Stichtag 9. Mai 2011 wurde der Zensus, eine Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung, durchgeführt. Erstmals kam dabei ein registergestütztes Konzept zum Einsatz, bei dem vorhandene Verwaltungsregister (vor allem der Meldebehörden) durch primärstatistische Erhebungen ergänzt wurden. Zusätzlich wurde eine Gebäude- und Wohnungszählung als schriftliche Vollerhebung bei allen Eigentümern durchgeführt.

1.1 Ergebnisse

Erste Ergebnisse des Zensus, darunter die Einwohnerzahl und vorläufige Gebäude- und Wohnungsdaten, wurden im Mai 2013 veröffentlicht. Mit dem Abschluss der Haushaltegenerierung, bei der Einwohner zu Haushalten zusammengefügt wurden, sind seit Mai 2014 die endgültigen Ergebnisse aller Erhebungsteile verfügbar. Um individuelle Auswertungen durchführen zu können, stehen der Öffentlichkeit aggregierte Daten des Zensus zur Verfügung. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder können ebenso wie die Forschungsdatenzentren auf Einzeldaten zurückgreifen (vgl. Lamla 2010). Auch Kommunen mit abgeschotteter Statistikstelle haben die Möglichkeit, Einzelangaben zu erhalten und diese für kommunalstatistische Zwecke auszuwerten. Zwei Jahre nach Übermittlung der Daten muss allerdings der Anschriftenbezug aus den Datensätzen gelöscht werden (§ 22 Abs. 2 Zensusgesetz 2011).



Erhebungskonzept deckt nur Minimalbedarf an Daten ab

Gebäude- und Wohnungszählung als schriftliche Vollerhebung

Abgeschottete Statistikstellen erhalten Daten auf Gebäudeebene und als Einzeldatensätze

1.2 Merkmale

In Tabelle 1 sind die wichtigsten Auswertungsmerkmale des Zensus aufgeführt. Kommunen mit abgeschotteter Statistikstelle erhalten diese auf Anfrage von ihrem Statistischen Landesamt. Eine Verknüpfung der einzelnen Datensätze ist möglich, so dass einzelne Personen zu Haushalten, Haushalte zu Wohnungen und Wohnungen zu Gebäuden zugeordnet werden können.

Tabelle 1: Auswertungsmerkmale des Zensus 2011

Gebäude	Wohnung	Haushalt/Familie
- Baujahr - Zahl der Wohnungen - Art des Gebäudes (z. B. Wohngebäude, Wohnheim) - Gebäudetyp (z. B. Doppelhaus) - Eigentümer - Heizungsart	- Nutzungsart (selbst genutzt, vermietet, leer stehend, gewerblich genutzt) - Fläche, Zahl der Räume - Eigentumsverhältnisse bei Eigentumswohnungen - Ausstattung (WC, Bad) - Ferien-, Diplomatenwohnung	- Haushaltstyp - Haushaltsgröße - Typ der Kernfamilie - Größe der Kernfamilie - Stellung im Haushalt und in der Kernfamilie - Zahl der Bewohner
Demographie	Erwerbstätigkeit/Bildung	Religion/Migration
- Geschlecht - Alter - Familienstand - Staatsangehörigkeit - Geburtsland/-ort	- Erwerbsstatus (z. B. erwerbstätig, Rentner) - Wirtschaftszweig - Stellung im Beruf - Beruf - Arbeitsort/Pendlerstatus - Höchster Schulabschluss - Höchster beruflicher Abschluss	- Zugehörigkeit zu öffentlich-rechtlicher Religionsgesellschaft - Bekenntnis zu Religion, Glaube, Weltanschauung - Migrationshintergrund - nach Herkunftsland - nach Jahr des Zuzugs - nach Aufenthaltsdauer in Deutschland

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

1.3 Untergemeindliche Auswertbarkeit

Methodenmix beim Zensus

Mit Hilfe der Anschriften können die Datensätze georeferenziert und innerhalb von zwei Jahren nach Übermittlung anschriftengenau ausgewertet werden. Theoretisch können die Einzeldaten auf jede beliebige kleinräumige Ebene aggregiert und ausgewertet werden. Jedoch hat das Erhebungsdesign des Zensus 2011 Auswirkungen auf die kleinräumige Verfügbarkeit der Ergebnisse. Im Gegensatz zu früheren Volkszählungen wurden für den Zensus 2011 erstmals bestehende Verwaltungsregister unter anderem mit Hilfe von Stichprobenerhebungen korrigiert und angereichert. Daten, die einer Vollerhebung (Gebäude- und Wohnungszählung) oder einem Register (z. B. der Meldebehörden oder der Bundesagentur für Arbeit) entstammen,

stehen für den gesamten Personenkreis (z. B. für jeden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) zur Verfügung, wohingegen im Rahmen der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis gewonnene Daten nur für die befragten Personen zur Verfügung stehen.² Eine untergemeindliche Aggregation dieser Daten führt jedoch aufgrund der zum Teil geringen Stichprobengröße und der hohen Varianz zu wenig belastbaren Ergebnissen. Tabelle 2 ist zu entnehmen, auf welchen Ebenen die den verschiedenen Datenquellen des Zensus entstammenden Daten aggregierbar sind.

Tabelle 2: Aggregationsmöglichkeiten der Auswertungsmerkmale des Zensus 2011 nach Datenquelle

	Quelle			
	Gebäude- und Wohnungszählung	Melderegister	Register der Bundesagentur für Arbeit	Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis
Einzeldaten zu Person, Haushalt, Wohnung, Gebäude	verknüpfbar			
Anschrift (zwei Jahre nach Übermittlung zu löschen)	(x)	(x)	(x)	(x)
Kleinräumige Gliederung (z. B. Baublockseite, Baublock, Stadtviertel, Stadtteil, Stadtbezirk)	x	x	x	Eventuell mit Hilfe von <i>small area estimation</i>
Gemeinde	x	x	x	x

Quelle: Eigene Bearbeitung

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KommunIS

Die untergemeindliche Auswertung von im Rahmen der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis erhobenen Daten ist im Zensuskonzept kein Erhebungsziel. Daher wurde die Stichprobe lediglich nach regionalen und administrativen Gesichtspunkten (i. d. R. Gemeinden) und im zweiten Schritt nach Anschriftengröße (Anzahl der gemeldeten Personen) geschichtet. Ziel war es, die Einwohnerzahl der Gemeinden (bzw. Gemeindeteile mit durchschnittlich 200 000 Einwohnern) mit einer vorgegebenen Genauigkeit zu ermitteln sowie Merkmale zu erheben, die nicht bereits aus Verwaltungsregistern vorlagen. Beide Ziele beziehen sich auf die Gemeindeebene, weswegen die räumliche Verteilung der Stichprobenanschriften innerhalb der Gemeinden nicht Gegenstand der Schichtung war und auch nicht kontrolliert wurde (vgl. Berg, Bihler 2011).

Fehlende kleinräumige Daten beim Zensus können eventuell mittels Small Area-Schätzverfahren gewonnen werden

Die Kommunalstatistik will hingegen auch untergemeindliche Aussagen treffen können, zum Beispiel über Bildungsstand und Erwerbstätigkeit der Bewohner eines bestimmten Stadtteils. Momentan laufen Untersuchungen, ob und wie die Ergebnisse der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis für untergemeindliche Fragestellungen mit Hilfe von statistischen Methoden wie zum Beispiel der *small area estimation*³ nutzbar gemacht werden können. Sollten keine befriedigenden Ergebnisse erzielt werden können, wäre ein Teil der Zensusmerkmale nicht untergemeindlich nutzbar, sondern nur auf Ebene der Gesamtstadt, was gegenüber früheren Volkszählungen ein Informationsdefizit bedeuten würde.

2. Einordnung der Zensusdaten in die kommunale Datenlandschaft im Bereich Wohnen

2.1 Datenquellen im Bereich Wohnen

Durch Gebäude- und Wohnungszählungen werden die Eckdaten der laufenden Bautätigkeitsstatistik korrigiert

Die Kommunalstatistik greift im Bereich Wohnen hauptsächlich auf zwei Datenquellen zurück: die Gebäude- und Wohnungszählungen und die Bautätigkeitsstatistik⁴.

Eingebettet in die jeweilige Volkszählung werden zu einem Stichtag im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung alle Gebäude mit Wohnraum und alle Wohnungen erfasst. Für jedes Gebäude und jede Wohnung werden verschiedene Fachdaten (z. B. Baujahr, Anzahl der Wohnungen, Fläche, Anzahl Räume) erhoben, die dauerhaft auf der Ebene der Baublockseiten gespeichert werden können.

Struktur, Umfang und Entwicklung der Bautätigkeit im Hochbau wird im Rahmen der Bautätigkeitsstatistik als Bundesstatistik erfasst. Erhebungsgegenstand sind Gebäude, das heißt Wohnungsdaten werden nicht als Einzeldatensätze, sondern auf Gebäudeebene aggregiert erhoben.

Gebäude- und Wohnungszählung 2011 neue Basis für jährliche Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes

Um einen aktuellen Gebäude- und Wohnungsbestand zu ermitteln, werden die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung jährlich mit Hilfe der Bautätigkeitsstatistik von den Statistischen Landesämtern auf Gemeindeebene fortgeschrieben. Einige Städte orientieren sich daran und vollziehen die Fortschreibung auf Ebene der Baublöcke untergemeindlich nach. Da dies in Form einer Saldenfortschreibung geschieht, ist damit zwangsläufig ein Verlust an gebäudespezifischen Fachdaten sowohl der Basis- (Gebäude- und Wohnungszählung) als auch der Fortschreibungsdaten (Bautätigkeit) verbunden.

Einzelne Städte unterhalten als weitere Datenquelle Statistische Gebäudedateien. Diese enthalten adressreferenzierte Fachdaten zu Gebäuden mit Wohnraum und basieren auf Wohnungskarteien oder ähnliches. Die Inhalte sind ebenso wie die Datenquellen sehr heterogen. Auch existieren verschiedene Datenbanksysteme zur Datenhaltung und -pflege (z. B. das Kosis-Projekt AGK).

Auch der Mikrozensus liefert alle vier Jahre für große Städte Daten zur Wohnungssituation der Bevölkerung

Alle vier Jahre wird als Zusatzerhebung zum Mikrozensus die Wohnsituation näher beleuchtet (zuletzt 2010). Aufgrund der kleinen Stichprobe (1 %) sind die Daten des Mikrozensus in der Regel weder für Gemeinden noch auf Kreisebene auswertbar. Für Städte, die eine eigene „Anpassungsschicht“ im Stichprobenverfahren bilden (räumliche Einheiten von durchschnittlich 500 000 Einwohnern), können jedoch Erkenntnisse für die Gesamtstadt gewonnen werden.

Von den Städten durchgeführte Mietspiegelbefragungen und Bürgerbefragungen enthalten in der Regel Frageblöcke zum Thema Wohnen. Je nach Umfang der Stichprobe und Schichtung sind diese auch untergemeindlich auswertbar.

2.2 Defizite von Bautätigkeitsstatistik und Fortschreibung

Die Bautätigkeitsstatistik ist eine wichtige Datenquelle, um Veränderungen im Wohnungsmarkt räumlich und strukturell nachzuweisen und den Gebäude- und Wohnungsbestand zwischen den Vollerhebungen der Gebäude- und Wohnungszählungen jährlich fortzuschreiben. Gleichwohl bietet diese wichtige Datenquelle auch einige Ansatzpunkte für Kritik.

Die Fortschreibung des Gebäudebestandes erfolgt aggregiert auf Ebene der Baublöcke. Eine Plausibilitätskontrolle ist nicht in notwendigem Maße möglich.⁵ Dadurch können im Extremfall auch negative Bestände auf Baublockseiten- und Baublockebene entstehen, auf einer höheren Gebietsebene (z. B. Stadtteil- oder Stadtbezirk) sind die Daten jedoch durchaus belastbar. Auch ist eine Fortschreibung der Fachdaten (z. B. Baujahr, Anzahl Wohnungen) einzelner Gebäude auf diese Weise nicht möglich, obwohl gerade diese Daten wichtige Hinweise liefern könnten und durch die Aggregation auf Ebene der Baublockseiten interessante Zusammenhänge nicht mehr auswertbar sind.

Bautätigkeitsstatistik erlaubt keine Fortschreibung auf Wohnungsebene

Hinzu kommt, dass die Bautätigkeitsstatistik und die Fortschreibung von einer erheblichen Unschärfe geprägt sind, so dass darauf basierende Ergebnisse sorgfältig überprüft werden müssen (Schwarz 2011):

- Einzelne Fertigstellungen werden stark verspätet oder gar nicht gemeldet. Ursächlich dafür ist, dass die baurechtliche Schlussabnahme eines Gebäudes und damit auch die Fertigstellungsmeldung aus verschiedenen Gründen mit mehreren Jahren Verzögerung erfolgen kann. In diesem Fall ist eine Wohnung bei ihrem Auftauchen in der Bautätigkeitsstatistik bereits seit mehreren Jahren bezogen. Über Plausibilitätsprüfungen (Veränderung der Einwohnerzahl vs. Veränderung der Wohnungszahl) wird versucht, derartige Fälle zu identifizieren und zu quantifizieren.
- Baustatistikfragebogen werden zumeist in Papierform über mehrere zuständige Stellen weitergegeben, was die Gefahr birgt, dass diese zum Beispiel bei der Übermittlung verlorengehen.
- Es kommt vor, dass die vom Bauherrn gemeldete Anschrift aus verschiedenen Gründen nicht mit der letztlich vergebenen Anschrift übereinstimmt.
- Nutzungsänderungen⁶ und Abbrüche sind unter bestimmten, von der Landesbauordnung festgelegten Bedingungen nicht genehmigungs- oder kenntnisgabepflichtig und werden dann von der Bautätigkeitsstatistik nicht erfasst.

Die Fortschreibung einzelner Wohnungen ist nicht möglich, da Wohnungsdaten nur auf Gebäudeebene zusammengefasst Gegenstand der Bautätigkeitsstatistik sind. So ist es zum Beispiel nicht möglich, Aussagen zu Unterschieden in der Wohnflächenstruktur zwischen zwei Gebieten zu treffen oder die Baualtersstruktur von Wohnungen mit bestimmter Raumanzahl zu untersuchen. Dies ist lediglich für fertig gestellte Wohnungen möglich, nicht jedoch für Wohnungen im Bestand.

Neubasierte Wohnbautätigkeitsfortschreibung wird ab Herbst vorliegen

Trotz aller Einschränkungen ist die Bautätigkeitsstatistik die beste Datenquelle, um Quantität und Qualität des Wohnungsbaus und die Veränderung des Wohnungsbestandes in räumlicher und zeitlicher Hinsicht einschätzen zu können. Aufgrund des zeitlichen Abstandes zur Gebäude- und Wohnungszählung 1987 war eine Neujustierung der Wohnungsbestandsdaten allerdings dringend notwendig. Der Gebäude- und Wohnungsbestand wird rückwirkend ab 31.12.2010 auf Basis der Gebäude- und Wohnungszählung vom 9. Mai 2011 neu berechnet und auf dieser Basis auch fortgeschrieben.

3. Potenzial der Zensusergebnisse

Die Ergebnisse des Zensus 2011 sind für die Kommunalstatistik von großem Wert. Im Bereich Wohnen bieten sich allein durch die Daten der Gebäude- und Wohnungszählung vielerlei Auswertungsmöglichkeiten.

3.1 Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ)

Gebäude- und Wohnungszählung erlaubt erstmals wieder regionale Betrachtungen

Erstmals seit 1987 liegen wieder flächendeckend zuverlässige Daten zu Bestand und Struktur der Gebäude und Wohnungen vor, mit denen die Frage „Wo wird wie gewohnt?“ unter verschiedenen Blickwinkeln beantwortet werden kann: So können zum Beispiel bestimmte Wohnungstypen nach Größe, Baualter oder Lage untersucht werden. Längsschnittvergleiche der Daten mit den Ergebnissen der GWZ 1987 zeigen strukturelle Veränderungen, im Querschnitt können unterschiedliche räumliche Ebenen gegenübergestellt werden (z. B. Stadtbezirks-, Regional- oder Großstadtvergleiche). Auch für die Typisierung von Gebieten eignen sich die Daten.

Zudem bietet sich die Möglichkeit mit Hilfe der GWZ-Ergebnisse die seit 1987 fortgeschriebenen Bestandszahlen kleinräumig zu evaluieren und damit etwaige systematische Fehler in der Fortschreibung ausfindig zu machen. Hieraus ergeben sich eventuell wichtige Hinweise für die sachgerechte Interpretation der zukünftigen Fortschreibungsergebnisse.

3.2 Verknüpfung der GWZ mit weiteren Zensusdaten

Ein großes Auswertepotential stellt die Verknüpfbarkeit von GWZ- und Bevölkerungsdaten des Zensus dar

Werden die Ergebnisse der GWZ mit den Daten der anderen Erhebungsteile verknüpft, zeigt sich das immense Potenzial der Daten des Zensus. Die Frage „Wer wohnt wie und wo?“ kann in mannigfaltigen Facetten betrachtet werden:

Wer? Aus der Haushaltegenerierung liegt eine Differenzierung der Haushalte nach Typen vor. So können bestimmte Bevölkerungsgruppen isoliert betrachtet werden (z. B. Alleinlebende, Familien mit einer bestimmten Anzahl von Kindern, Alleinerziehende, Migranten, Wohngemeinschaften). Auch ist es möglich, Haushalte anhand der Erwerbstätigkeit oder der Stellung im Beruf zu unterscheiden (z. B. Arbeiter, Akademiker, Beamte, Selbstständige, Rentner). Zudem kann das Alter der Haushaltsmitglieder beziehungsweise die Lebensphase mit einbezogen werden.

Wie? Es besteht die Möglichkeit, unterschiedliche Wohnformen zum Beispiel nach Fläche, Anzahl der Räume, Anzahl der Wohnungen im Gebäude oder Gebäudeart zu klassifizieren. Auch die Frage, ob ein Haushalt im Eigentum oder zur Miete wohnt, ist auswertbar.

Wo? Die räumliche Lage einer Wohnung kann anhand der kleinräumigen Gliederung zum Beispiel nach Stadtteilen ausgewertet werden oder anhand einer Gebiets-typisierung. In vertieften Analysen ist es möglich, Fragen der Verkehrsanbindung (ÖPNV, Individualverkehr) und Nahversorgung näher zu beleuchten.

Die Verknüpfung von Lage und Fachdaten einer Wohnung mit der Altersstruktur der Bewohner liefert wichtige Hinweise zur Verbesserung der Qualität kleinräumiger Prognosen: Altersbedingte Fluktuation kann so unter Berücksichtigung von Remanenzeffekten⁷ besser quantifiziert werden.

4. Ausblick

Quantitative und qualitative Wohnungsver-sorgung der Bevölkerung kann umfassend untersucht werden

Die Daten des Zensus 2011 sind von großem Wert für die Kommunalstatistik. Insbesondere die differenzierte Auswertung der Verknüpfung von Wohnungen mit demografischen und sozioökonomischen Daten der Bewohner birgt ein enormes Potenzial, das aus anderen Quellen nicht zu erschließen ist. Dennoch ist es sehr zu bedauern, dass im Vorfeld des Zensus 2011 nicht stärker auf Wünsche und Anregungen der späteren Datennutzer eingegangen wurde. Unter anderem hatten sich Vertreter der Kommunalstatistik auf verschiedenen Kanälen und in unterschiedlichen Gremien dafür eingesetzt, die Erhebung um wenige Merkmale zu erweitern. Dadurch hätte mit minimalem Aufwand ein hoher Mehrwert erzielt werden können. So wären beispielsweise die Höhe der Miete, Angaben zum energetischen Zustand und zur Barrierefreiheit von Gebäuden und Wohnungen wichtige Informationen für Politik, Wirtschaft und Verwaltung gewesen. Der Leerstand von Wohnungen wurde zwar erhoben, allerdings weder Dauer noch Gründe für den Leerstand, weshalb die Ergebnisse nur sehr bedingt aussagekräftig sind. Leider hat sich der Gesetzgeber beim Erhebungsprogramm des Zensus 2011 fast ausschließlich am Pflichtprogramm der Europäischen Union orientiert. Als einziges zusätzliches Merkmal wurde auf Anregung von Wissenschaft und Kirchen das Glaubensbekenntnis als freiwillige Frage aufgenommen. Allerdings lag die Antwortquote bei dieser Frage bei lediglich 44 Prozent, weswegen Aussagen zu nicht öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und Glaubensbekenntnissen sehr vage sind (vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2013).

Einzeldatensätze müssen binnen zwei Jahren ausgewertet sein

Das Zeitfenster von zwei Jahren, in dem die Daten mit Anschriftenbezug ausgewertet werden können, ist in der Praxis zu kurz. Insbesondere knappe personelle Ressourcen der kommunalen Statistikstellen machen es zu einer großen Herausforderung, die Daten innerhalb dieser Zeit umfassend auszuwerten. Der Stichtag des Zensus liegt zum Zeitpunkt der Datenübermittlung an die kommunalen Statistikstellen bereits mehr als drei Jahre zurück. Im Sinne einer Aktualität der Ergebnisse ist es deshalb wichtig, Akzeptanzprobleme hintanzustellen und nach Abschätzung der Datenqualität zügig mit den Auswertungen zu beginnen.

Die Kommunalstatistik hat sich lange mit der Vorbereitung und Durchführung des Zensus beschäftigt und viel Zeit und Energie für dieses Projekt aufgewendet. Mit der Auswertung der zur Verfügung stehenden Daten kann nun auch ein Mehrwert aus dem Zensus 2011 generiert werden.

Autor:
Lucas Jacobi
Telefon: (0711) 216-98585
E-Mail: lucas.jacobi@stuttgart.de

- 1 Der Aufsatz stellt die schriftliche Fassung des Vortrags „Umgang mit Zensusdaten in den Kommunen und kleinräumige Auswertungspotenziale“ des Verfassers beim 6. Dresdner Flächennutzungssymposium des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung am 12. Juni 2014 dar. Abstracts und Präsentationsfolien der einzelnen Vorträge des Symposiums sind unter <http://www.ioer.de/6dfns/> abrufbar, die schriftliche Fassung der Beiträge wird in Buchform publiziert.
- 2 Die Aufteilung des Gesamtstichprobenumfangs von bundesweit 9,6 Prozent auf die einzelnen Schichten der Sampling Points (i. d. R. Gemeinden) erfolgte so, dass in kleineren Gemeinden bis zu 36 Prozent, in Großstädten nur rund drei Prozent der Bevölkerung befragt wurden (vgl. Berg, Bihler 2011).
- 3 Mit *small area estimation* werden statistische Methoden bezeichnet, die aufgrund von Strukturähnlichkeiten und räumlichen Beziehungen aus Stichprobendaten Ergebnisse für kleinräumige Ebenen beziehungsweise für nicht befragte Personen schätzen.
- 4 Auf Grundlage des Hochbaustatistikgesetzes werden Statistiken über Baugenehmigungen, Baufertigstellungen, den Bauabgang und Bauüberhang erstellt.
- 5 Zum Beispiel wird beim Abgang eines Gebäudes nicht geprüft, ob Anzahl und Struktur wegfallender Wohnungen ungefähr übereinstimmen mit dem Bestand an dieser Anschrift.
- 6 Dies umfasst unter anderem die Umwandlung von Wohnraum in Büroflächen oder wie in den letzten Jahren zum Beispiel in Stuttgart häufiger zu beobachten, die Umwandlung von Büroflächen in Wohnraum.
- 7 Damit wird die Tendenz bezeichnet, dass Personen trotz Änderungen in ihren Lebensverhältnissen (z. B. Auszug der Kinder, Renteneintritt, Tod des Partners) nicht in eine kleinere Wohnung umziehen.

Literaturverzeichnis:

- Berg, A. und Bihler, W. (2011): Das Stichprobendesign der Haushaltsstichprobe des Zensus 2011. In: Wirtschaft und Statistik, April 2011, S. 317-328.
- Lamla, K. (2010): Zensus 2011: Auswertung der Ergebnisse. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 11/2010, S. 25-30.
- Schwarz, T. (2011): Nutzen des Zensus 2011 für die Kommunen. In: Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 8/2011, S. 273-295.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2013): Statistik Aktuell 2013. Zensus 2011: Migration und Religion. https://www.statistik-bw.de/Veroeffentl/Statistik_AKTUELL/803413006.pdf (Zugriff 09.07.2014).

Thomas Schwarz

Kumulieren und Panaschieren – Wie nutzten die Stuttgarter Wähler/-innen die Möglichkeiten des baden-württembergischen Stimmgebungsverfahrens bei der Gemeinderatswahl 2014?

Kommunalwahlen sind Verhältniswahlen

Kumulieren und Panaschieren hat lange Tradition

Ein traditionsreiches Kennzeichen der baden-württembergischen Kommunalverfassung ist die Veränderbarkeit der Listen bei Kommunalwahlen (Kreistags-, Gemeinderats- und Ortschaftsratswahlen).¹ Das Kommunalwahlsystem in Baden-Württemberg ist konzipiert als Verhältniswahl² mit offenen (freien) Listen, verbunden mit dem Stimmgebungsverfahren des Kumulierens (Stimmenanhäufung auf 2 oder 3 Stimmen) und des Panaschierens, also der Vergabe von Stimmen über die einzelnen Listen hinweg („Wählen à la carte“³). Auch beim Panaschieren kann entweder eine Stimme vergeben oder es kann mit zwei oder drei Stimmen kumuliert werden.

Das Kumulieren und Panaschieren hat eine ebenso lange Tradition im bayerischen Kommunalwahlrecht. Viele andere Bundesländer haben dieses süddeutsche Stimmgebungsverfahren bei ihren Kommunalwahlen (z. B. Hessen, Rheinland-Pfalz, die neuen Bundesländer) in unterschiedlichen Varianten in der jüngeren Vergangenheit übernommen. Es wird auch in der Schweiz bei den Nationalratswahlen und in Liechtenstein, hier allerdings ohne die Möglichkeit zu kumulieren, praktiziert.

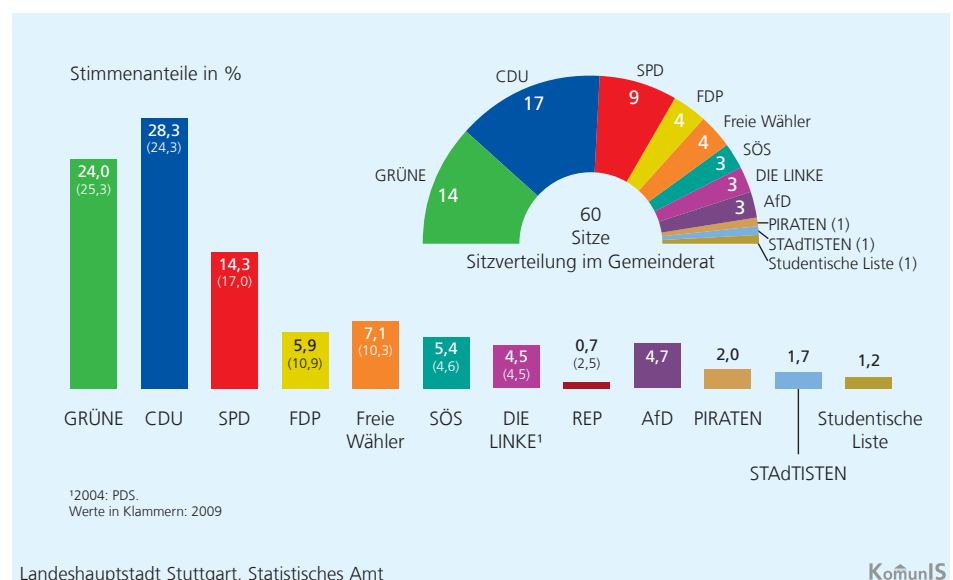
Beim Kumulieren unterscheidet man die Variante des vollständigen Kumulierens aller Stimmen, die der Wähler vergeben kann (z. B. in Bremen und Niedersachsen), oder die Variante des begrenzten Kumulierens, praktiziert in Baden-Württemberg und Bayern, mit maximal drei Stimmen pro Kandidat.

203

Die Gemeinderatswahl 2014 in Stuttgart

Am 25. Mai 2014 fanden in Baden-Württemberg zum 19. Mal seit 1946 Kommunalwahlen statt (vgl. Abbildung 1 und Tabelle 1). Die Ergebnisse der Gemeinderatswahl in Stuttgart bilden die Basis für die Analyse des Stimmabgabeverhaltens bei dieser Gemeinderatswahl in Stuttgart. In welchem Maße nutzen die Stuttgarter/-innen bei Gemeinderatswahlen die weitreichenden Einflussmöglichkeiten des Stimmabgabeverfahrens? Welche längerfristigen Entwicklungen zeigen sich hier? Welche Parteien und Wählervereinigungen profitieren davon in welchem Maße?

Abbildung 1: Wahlergebnisse und Sitzverteilung der Gemeinderatswahl in Stuttgart 2014

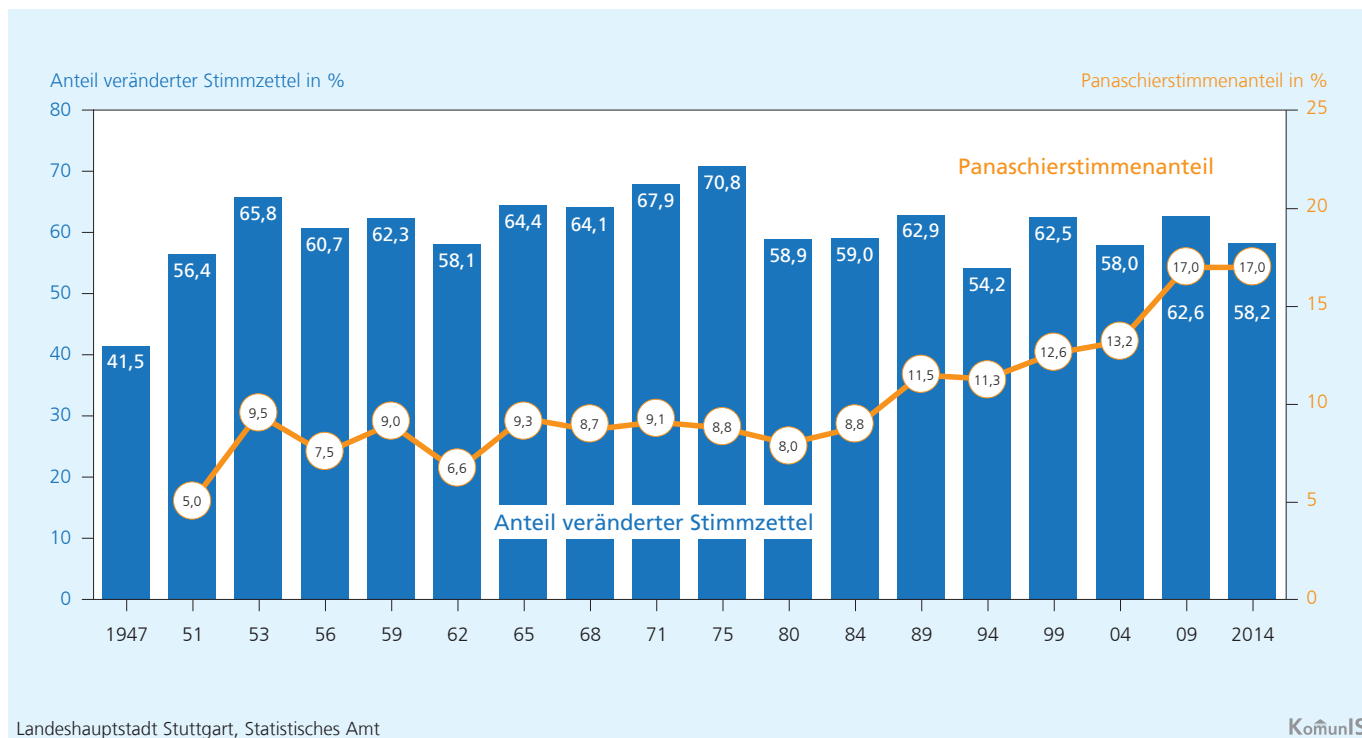


Unveränderte und veränderte Stimmzettel

58 % der Wähler veränderten „ihren“ Stimmzettel

Der Anteil der veränderten Stimmzettel, mithin der Anteil der Wähler/-innen, die von den Stimmabgabemöglichkeiten des Wahlrechts (Kumulieren, Panaschieren) Gebrauch machen, schwankte in Stuttgart bei den Gemeinderatswahlen der letzten 35 Jahre regelmäßig um 60 Prozent (vgl. Abbildung 2). Bei der aktuellen Wahl lag der Anteil mit 58,2 Prozent auf dem Niveau der Gemeinderatswahl 2004 (58,0 %; 2009: 62,6 %).

Abbildung 2: Veränderte Stimmzettel und Panaschierstimmen bei Gemeinderatswahlen in Stuttgart seit 1947



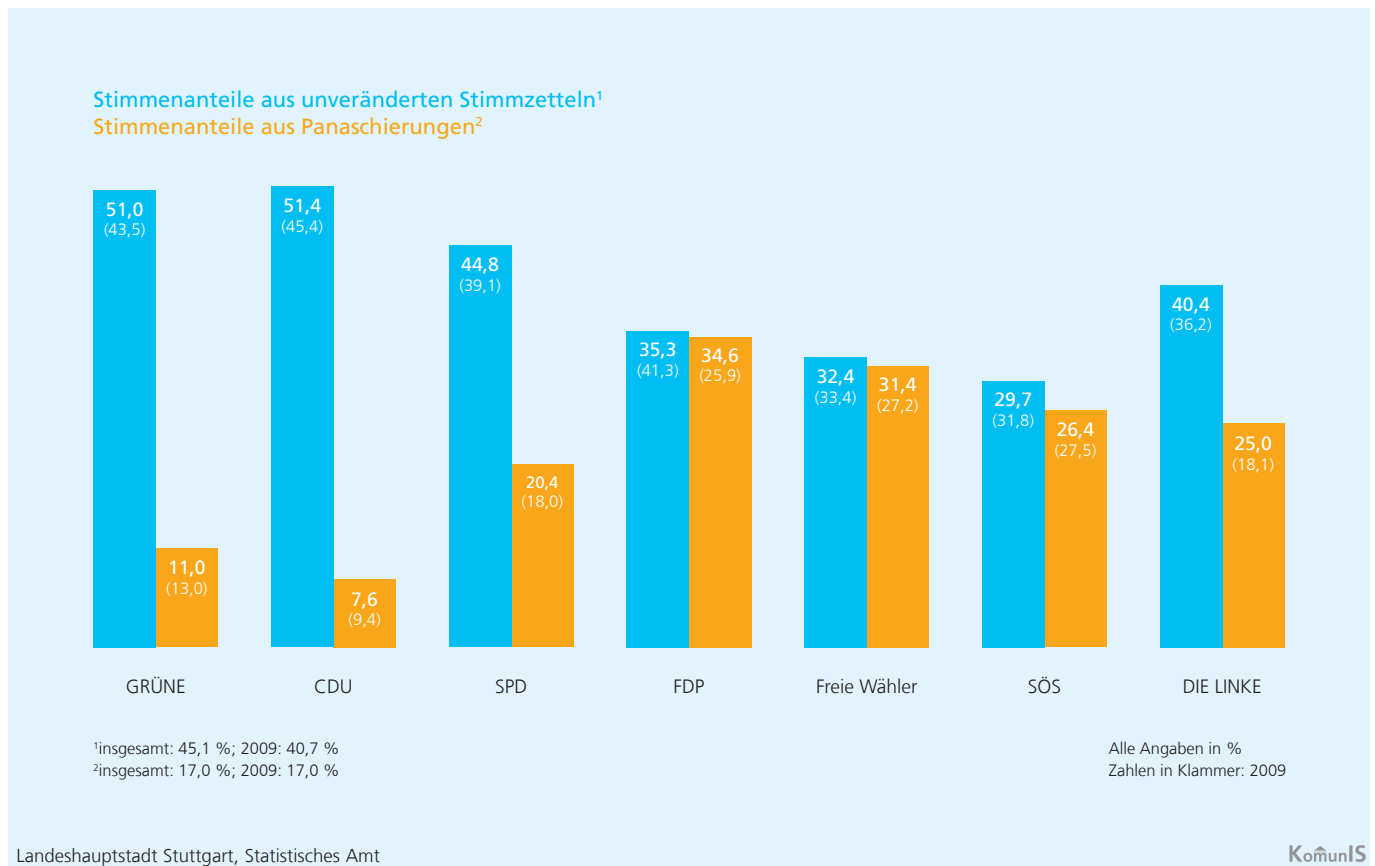
GRÜNE und CDU hatten höchsten Stimmenanteil aus unveränderten Stimmzetteln

Die Wähler/-innen der zwölf angetretenen Parteien und Wählervereinigungen wählten freilich in sehr unterschiedlichem Ausmaß mit unveränderten oder veränderten Stimmzetteln (vgl. Tabelle 2 und Abbildung 3). Die höchsten Stimmenanteile aus unveränderten (ungekennzeichnete oder im Ganzen gekennzeichnete) Stimmzetteln hatten die CDU (51,4 %) und die GRÜNEN (51,0 %). Für die „Stimmenausbeute“ der Wahlvorschläge ist diese Art der Stimmabgabe optimal, da jeder vorgedruckte Bewerber eine Stimme bekommt und keine Stimme für den Wahlvorschlag verloren geht, sofern dieser die mögliche Zahl an Bewerbern (60) umfasst. Folgerichtig waren die Anteile von Stimmen aus unveränderten Stimmzetteln bei unvollständigen Listen (REP: 20 %, Studentische Liste: 4,6 %) entsprechend niedrig.

Im Mittelfeld lagen, bezogen auf die Anteile von Stimmen aus unveränderten Stimmzetteln, die AfD (48,3 %), die PIRATEN (44,3 %) und die SPD (44,8 %). Die FDP (35,3 %) und die Freien Wähler (32,4 %) erhielten nur etwa ein Drittel ihrer Gesamtstimmen aus unveränderten Stimmzetteln.

Im Vergleich zur letzten Gemeinderatswahl 2009 erhöhten sich bei den GRÜNEN (+ 17 %), der SPD (+ 15 %), der CDU (+ 13 %) und den LINKEN (+ 12 %) die Stimmenanteile aus unveränderten Stimmzetteln, während diese bei der FDP (- 14 %), der SÖS (- 7 %) und den Freien Wählern (- 3 %) zurückgingen.

Abbildung 3: Stimmenanteile aus unveränderten Stimmzetteln und aus Panaschierungen bei der Gemeinderatswahl in Stuttgart 2014



Panaschierstimmenanteil auf Rekordniveau wie 2009

17 % der Stimmen waren Panaschierstimmen (wie 2009)

Trotz des Rückgangs der veränderten Stimmzettel im Vergleich zur Vorwahl blieb der Anteil der panaschierten Stimmen (Wahl von listenfremden Bewerbern) mit exakt 17,0 Prozent auf dem gleichen Rekordniveau wie 2009 (vgl. Abbildung 2). Seit Mitte der 1980er-Jahre lässt sich bei Gemeinderatswahlen in Stuttgart eine stetige Zunahme der Stimmenanteile aus Panaschierungen beobachten. Dies ist, wie das ebenfalls zunehmende Splittingverhalten⁴ bei Bundestagswahlen, Ausdruck abnehmender Parteibindungen und einer anhaltenden Flexibilisierung des Wählerverhaltens.

Der Anteil der Panaschierstimmen, den diese zum Gesamtergebnis der einzelnen Listen beisteuern, schwankt für gewöhnlich sehr stark. Traditionell profitieren kleinere Gruppierungen durch einen positiven Panaschierstimmensaldo; größere Gruppierungen weisen hingegen negative Salden auf. Dabei besteht ein direkter Zusammenhang mit der Ergebnishöhe. Rund 10 von 60 Sitzen im Gemeinderat wurden rechnerisch 2014 und 2009 aufgrund von Panaschierstimmen besetzt.

CDU und GRÜNE mit geringstem Panaschierstimmenanteil

Den geringsten Panaschierstimmenanteil am Gesamtergebnis wies wiederum eindeutig die CDU auf (7,6 %; 2009: 9,4 %); es folgten die GRÜNEN (11,0 %; 2009: 13,0 %) und dann mit Abstand die SPD (20,4 %; 2009: 18,0 %). Davor lag die AfD mit einem Panaschierstimmenanteil von nur 12,3 Prozent, gemessen am Wahlergebnis.

Die höchsten Anteile an Panaschierstimmen hatten die Studentische Liste (39,4 %) und die FDP (34,6 %; 2009: 25,9 %); kaum geringere Anteile verzeichneten die Freien Wähler (31,4 %; 2009: 27,2 %) und die STAdTISTEN (31,2 %), die fast ein Drittel ihrer Stimmen über Panaschierungen erhielten.

Gegenüber der vergangenen Gemeinderatswahl entwickelte sich der Panaschierstimmenanteil bei den GRÜNEN und der CDU leicht rückläufig, während er bei der SÖS geringfügig, bei der SPD und den Freien Wählern etwas stärker und bei der Linkspartei und der FDP deutlich zunahm. Bei den REPUBLIKANERN lässt sich mehr als eine Verdoppelung der Panaschierstimmenanteile erkennen.

*CDU mit höchstem negativen
Panaschierstimmensaldo*

Da Panaschierstimmen stets in zwei Richtungen gehen, einerseits bekommen Listen Panaschierstimmen von Wählern anderer Listen, andererseits panaschieren auch die Wähler dieser Liste Kandidaten anderer Listen, sind die absoluten Salden eine Betrachtung wert (vgl. Tabelle 3). Der höchste negative Panaschierstimmensaldo war erneut bei der CDU (- 215 488 Stimmen) festzustellen, allerdings baute sich dieser Negativsaldo seit 2004 deutlich ab.

*GRÜNE hatten zweitstärksten negativen
Panaschierstimmensaldo*

Die zweitstärkste Partei, die GRÜNEN, hatten auch den zweithöchsten negativen Panaschierstimmensaldo (- 199 078), der sich damit um das 3,4-fache gegenüber 2009 erhöhte. Bis 2004 hatten die GRÜNEN stets positive Salden, erhielten also mehr Panaschierstimmen als sie abgaben. Hinter dieser Saldenentwicklung steckt eine Abnahme der Panaschierstimmengewinne und eine noch stärkere Erhöhung der Panaschierstimmenverluste.

Bis 2009 hatte auch die SPD immer eine negative Panaschierbilanz. Mit dem erneuten Ergebnissrückgang bei dieser Gemeinderatswahl geht nun eine positive Panaschierbilanz (+ 51 348) einher. Auch alle anderen Wahlvorschläge wiesen einen positiven Saldo bei den Panaschierstimmen auf. Vorneweg und mit großem Abstand die FDP (+ 128 867), deren Panaschiersaldo sich in der gleichen Größenordnung wie 2009 bewegte.

Aus den Panaschierstimmenverflechtungen (vgl. Tabelle 4) lassen sich nicht nur die konkreten Präferenzen der Wähler/-innen erkennen, sondern auch wie nah oder fern sich die Wählerklientel der einzelnen Listen stehen („ideologische Nähe“).

*CDU weist engste Panaschierstimmen-
verflechtungen mit der FDP und den
Freien Wählern auf*

In Abbildung 4 werden beispielhaft die Panaschierstimmenströme der beiden größten Parteien grafisch aufbereitet. Dabei zeigt sich wieder, dass sich das Panaschierverhalten, ganz ähnlich dem Splittingverhalten bei Bundestagswahlen, vorrangig an den politischen Lagern orientiert. So weist die CDU die engsten Panaschierverflechtungen mit der FDP und den Freien Wählern auf und umgekehrt; bemerkenswert ist, dass die CDU mit den GRÜNEN erstmals eine positive Panaschierbilanz (+ 2053; 2009: - 25 538 Stimmen) hatte. Auch sind die Panaschierverflechtungen der Unionspartei breiter gestreut als die der GRÜNEN oder der SPD.

*GRÜNE haben engste Panaschierstim-
menverflechtungen mit der SPD, der
SÖS und der LINKEN*

Die Panaschierstimmenströme der GRÜNEN sind am stärksten mit der SPD verflochten. Umgekehrt gilt das Gleiche. Während für die GRÜNEN aber auch die Panaschierverflechtungen mit der SÖS-Liste eine hohe Bedeutung haben, sind bei der SPD die Panaschierbeziehungen mit der CDU am zweitwichtigsten.

Sehr enge Verflechtungen bestehen obendrein zwischen der SÖS und der LINKEN; für beide Listen ist zudem auch der Panaschierstimmenaustausch mit den GRÜNEN von großer Relevanz. Auch bei den PIRATEN und die STADTISTEN sind die Panaschierbeziehungen zu den GRÜNEN die intensivsten.

Abbildung 4: Vorrangige Panaschierstimmverflechtungen der GRÜNEN und der CDU bei der Gemeinderatswahl in Stuttgart 2014

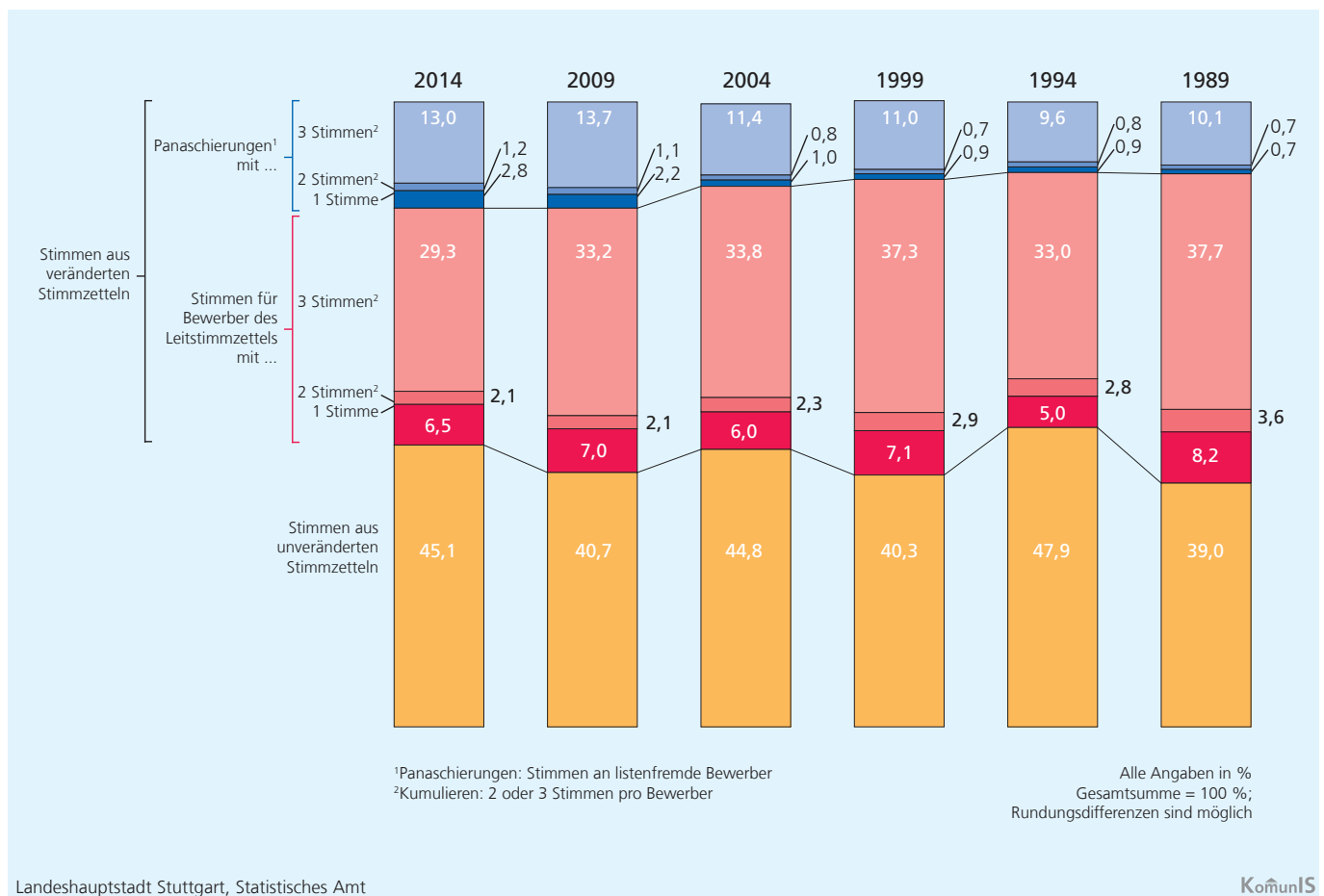


Stimmenhäufungen

Dreifachstimmabgaben dominieren, auch bei Panaschierungen

Die Vergabe der Stimmen auf den veränderten Stimmzetteln erfolgt stets in hohem Maße in Form von Kumulieren und hier wiederum von Kumulieren mit drei Stimmen (vgl. Abbildung 5). Gut drei Viertel der Stimmen auf veränderten Stimmzetteln (77,3 %) resultierten bei dieser Gemeinderatswahl aus Dreifachstimmen; 2009 war dieser Anteil marginal höher (78,5 %). Auch bei den Panaschierstimmen resultierten über drei Viertel der Stimmen aus Dreifachstimmen (76,6 %); hier ist gegenüber der Vorwahl eine rückläufige Entwicklung aufgetreten (80,9 %). Nur selten vergeben die Wähler/-innen eine Stimme und noch seltener zwei Stimmen an Bewerber auf veränderten Stimmzetteln.

Abbildung 5: Art der Stimmabgabe bei Gemeinderatswahlen in Stuttgart seit 1989



Die höchsten Dreistimmenanteile auf veränderten Stimmzetteln waren bei den Freien Wählern (84,9 %), der FDP (81,6 %), der SÖS (81,0 %) und der AfD (80,7 %) festzustellen; bei den drei größten Parteien bewegte sich diese Quote zwischen 75 und 78 Prozent (GRÜNE: 74,9; SPD: 75,5; CDU: 78,1 %).

Auch bei den Panaschierungen hatten die Freien Wähler den höchsten Anteil an Dreifachstimmen (83,1 %) von allen zwölf Listen; ebenso heben sich die SÖS (82,5 %) und die FDP (81,7 %) in diesem Punkt wieder etwas ab. Bei den drei größten Parteien machten die Dreifachstimmenanteile etwa drei Viertel aller Panaschierstimmen aus (GRÜNE: 73,0; SPD: 74,6; CDU: 76,3 %) (vgl. Tabelle 2).

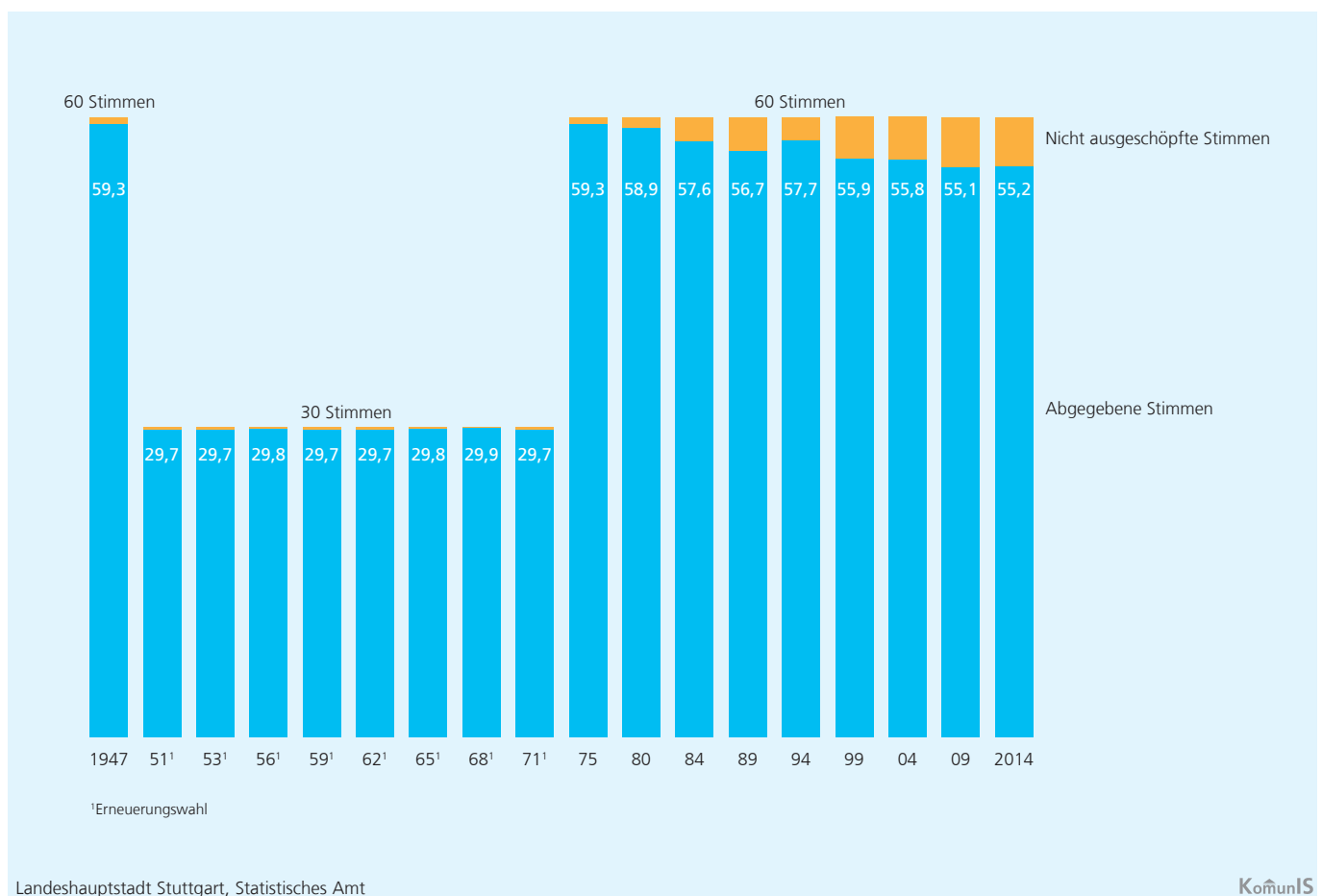
Vergebene und nicht vergabene Stimmen

55,2 von 60 Stimmen werden im Durchschnitt vergeben

Im Verlaufe der letzten vier Jahrzehnte ist zu beobachten, dass die Stuttgarter Wähler/-innen zunehmend weniger Stimmen auf ihren Stimmzetteln vergeben (vgl. Abbildung 6): Die zuletzt bei der Gemeinderatswahl 2009 ermittelte durchschnittliche Stimmenzahl pro Wähler von 55,1 Stimmen (von 60 möglichen) bedeuteten einen Minusrekord. Nur minimal mehr Stimmen, nämlich 55,2 Stimmen, wurden bei der jetzigen Gemeinderatswahl vergeben. Damit wurden acht Prozent des Stimmenpotenzials nicht ausgeschöpft.

Auf den veränderten Stimmzetteln wurden durchschnittlich 52,3 Stimmen (2009: 52,2; 2004: 53,1 Stimmen) vergeben, das heißt, im Schnitt gaben die Wähler/-innen knapp acht Stimmen weniger als möglich ab.

Abbildung 6 : Abgegebene Stimmen pro Stimmzettel und nicht ausgeschöpfte Stimmen bei Gemeinderatswahlen in Stuttgart seit 1947



Wer nutzte die Möglichkeit des Kumulierens und des Panaschierens?

„Kumulierer“ und „Panaschierer“ sind eher Wechselwähler

Im Rahmen der Wahltagsbefragung des Statistischen Amtes mit rund 1800 Interviews⁵ wurde auch erhoben, ob die Befragten bei ihrer Stimmabgabe kumuliert und panaschiert haben. Auf diesem Weg lässt sich nun ein differenziertes Profil der „Kumulierer“ und „Panaschierer“ zeichnen. Insgesamt gaben 52 Prozent der Befragten an, bei der Stimmenvergabe kumuliert und 38 Prozent gaben an, panaschiert zu haben.

Grundsätzlich sind Wähler/-innen, die ihren Stimmzettel durch Kumulieren und/oder Panaschieren verändern, eher Wechselwähler. 62 Prozent der „Kumulierer“ und 69 Prozent der „Panaschierer“ bezeichneten sich als Wechselwähler, während

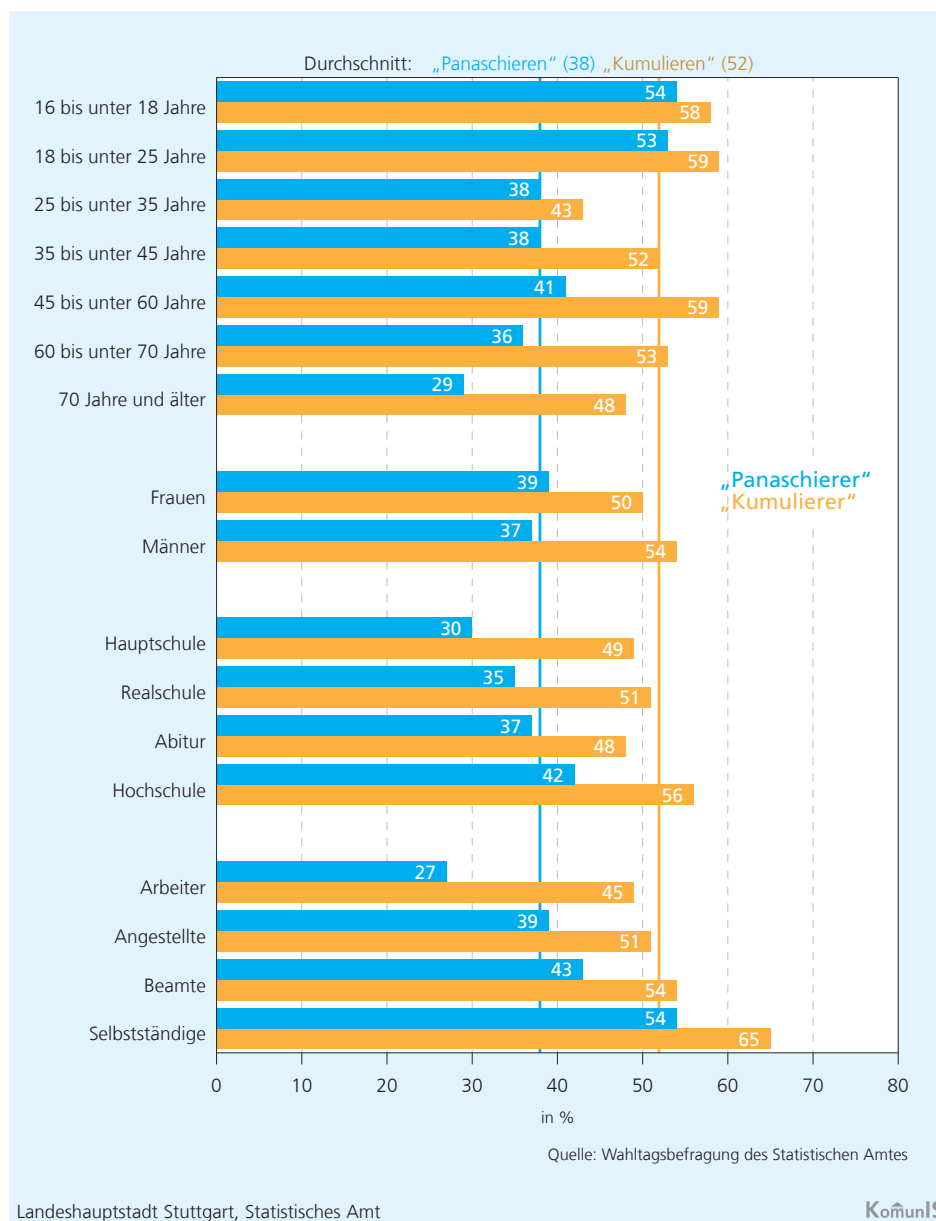
der Durchschnittswert bei allen Befragten nur bei 60 Prozent lag. Für Personen, die kumulieren und/oder panaschieren stehen naturgemäß die Kandidaten und nicht die Parteien oder Wählervereinigungen im Fokus. 28 Prozent aller Befragten vergaben ihre Stimmen bei der letzten Gemeinderatswahl kandidatenorientiert (72 % parteiorientiert); von den Personen, die kumulierten, waren es 43 Prozent, von den Personen, die panaschierten, 51 Prozent.

„Kumulierer“ und „Panaschierer“ orientieren sich stärker an Kommunalpolitik bei der Stimmabgabe

Ein weiteres Merkmal der Wähler/-innen, die kumulieren und/oder panaschieren, ist ihre starke thematische Ausrichtung bei der Stimmabgabe auf die Kommunalpolitik. Von den „Kumulierern“ gaben 59 Prozent und von den „Panaschierern“ 63 Prozent an, dass für sie die Kommunalpolitik in Stuttgart die wichtigste Rolle bei der Wahlentscheidung spielte, während dies über alle Befragten hinweg betrachtet nur jeder Zweite (50 %) ankreuzte.

Welches sozio-demografisches Profil lässt sich von den Personen, die kumuliert und/oder panaschiert haben, skizzieren (vgl. Abbildung 7)? Während das Panaschieren verstärkt von Jüngeren wahrgenommen wurde und mit zunehmendem Alter an Bedeutung verlor, wurde das Kumulieren über alle Altersklassen hinweg ähnlich stark angewandt; nur die 25- bis unter 35-Jährigen und die 70-Jährigen und Älteren fallen hier etwas ab.

Abbildung 7: „Panaschierer“ und „Kumulierer“ bei der Gemeinderatswahl in Stuttgart 2014 nach sozio-demografischen Merkmalen



*Je höher die Bildung desto eher wird
panaschiert*

*Selbstständige panaschieren am
häufigsten*

Kumuliert haben eher Männer als Frauen, panaschiert hingegen haben mehr Frauen als Männer. Mit steigendem Bildungsgrad nimmt die Bereitschaft zu kumulieren tendenziell zu, die prozentualen Unterschiede waren aber nur sehr gering. Beim Panaschieren trat der Bildungszusammenhang noch prägnanter hervor. Ähnlich waren die Befunde bei der Einteilung der erwerbstätigen Befragten nach Berufsgruppen. Die niedrigsten Anteile hatten Arbeiter, Beamte hatten höhere Anteile als Angestellte und die höchsten Quoten wiesen die Selbstständigen auf. Dabei war auch dieser Gradient beim Panaschieren deutlich stärker ausgeprägt.

Autor:
Thomas Schwarz
Telefon: (0711) 216-98591
E-Mail: thomas.schwarz@stuttgart.de

- 1 Die Mandate werden nach dem Verhältnis der Stimmen zueinander vergeben. Dies setzt voraus, dass mindestens zwei Wahlvorschläge eingereicht und zugelassen werden (§ 26 Abs. 2 GemO). Wird nur ein oder kein gültiger Wahlvorschlag eingereicht, findet die Wahl nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl statt (§ 26 Abs. 3 GemO). Dann hat der Wähler auch so viele Stimmen wie Gemeinderäte zu wählen sind, er ist aber nicht an den (etwaigen einzigen) Wahlvorschlag gebunden, sondern kann auch wählbare Personen wählen, die nicht auf dem Wahlvorschlag stehen. Die Möglichkeit des Kumulierens entfällt aber; zulässig ist nur, jedem Bewerber eine Stimme zu geben.
- 2 Wehling, Hans-Georg: Kommunalpolitik. In: Weber, Reinhold; Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Baden-Württemberg. Gesellschaft, Geschichte, Politik. Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 34, Stuttgart 2006, S. 166.
- 3 Wehling, a.a.O., S. 170.
- 4 Unter Splitting versteht man die Vergabe der Erst- und der Zweitstimmen an unterschiedliche Parteien.
- 5 Näheres zur Methode vgl. Themenheft 2/2014: Die Gemeinderatswahl am 25. Mai 2014 in Stuttgart, S. 26.

Tabelle 1: Wahlergebnisse nach Stimmen bei den Gemeinderatswahlen in Stuttgart 2014, 2009 und 2004

	Gemeinderatswahl					
	2014		2009		2004	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	441 798		403 434		394 215	
Wähler/Wahlbeteiligung	205 899	46,6	196 339	48,7	191 858	48,7
Davon						
Briefwähler	59 479	28,9	42 783	21,8	39 765	20,7
Wahllokalwähler	146 420	71,1	153 556	78,2	152 093	79,3
Darunter mit Wahlschein	1 801	1,2	452	0,3	928	0,6
Ungültige Stimmzettel	3 846	1,9	4 770	2,4	3 272	1,7
Gültige Stimmen für ...	11 201 360		10 547 034		10 529 310	
GRÜNE	2 685 900	24,0	2 665 454	25,3	1 971 877	18,7
CDU	3 174 420	28,3	2 559 314	24,3	3 463 900	32,9
SPD	1 605 631	14,3	1 789 439	17,0	2 396 013	22,8
FDP	663 065	5,9	1 154 085	10,9	685 787	6,5
Freie Wähler	796 641	7,1	1 086 655	10,3	1 019 858	9,7
SÖS	610 324	5,4	490 306	4,6	174 658	1,7
DIE LINKE	500 287	4,5	473 393	4,5	186 788	1,8
REP	77 021	0,7	260 147	2,5	408 983	3,9
AfD	531 444	4,7				
PIRATEN	227 555	2,0				
STADTISTEN	195 668	1,7				
Studentische Liste - junges Stuttgart	133 404	1,2				
Sonstige			68 241	0,6	221 446	2,1
Davon						
AGP			59 195	0,6		
AUF Stuttgart					35 888	0,3
Bürgerliste Halding-Hoppenheit					12 441	0,1
GRAUE					149 290	1,4
SAV/Offene Liste					23 827	0,2
WELTAKTION			9 046	0,1		

Die Bezeichnung der Wahlvorschläge entspricht der zuletzt verwendeten Kurzbezeichnung.

Rundungsdifferenzen sind möglich.

Tabelle 2: Herkunft der Stimmen bei der Gemeinderatswahl in Stuttgart 2014 nach Wahlvorschlägen

Wahlvorschlag	Erhaltene Stimmen aus ...							
	insgesamt	unveränderten Stimmzetteln		veränderten Stimmzetteln				
		zusammen	in % von Sp. 1	zusammen	in % von Sp. 1	davon mit ... Stimmen		
						1	2	3
	1	2	3	4	5	6	7	8
GRÜNE	2 685 900	1 370 760	51,0	1 020 496	38,0	197 447	58 346	764 703
CDU	3 174 420	1 631 280	51,4	1 301 075	41,0	213 605	71 922	1 015 548
SPD	1 605 631	718 740	44,8	559 033	34,8	103 984	33 054	421 995
FDP	663 065	234 000	35,3	199 397	30,1	27 844	8 926	162 627
Freie Wähler	796 641	258 240	32,4	288 361	36,2	32 503	11 178	244 680
SÖS	610 324	181 440	29,7	261 325	42,8	39 463	10 098	211 764
DIE LINKE	500 287	202 200	40,4	173 209	34,6	34 582	7 728	130 899
REP	77 021	15 390	20,0	39 594	51,4	7 174	2 864	29 556
AfD	531 444	256 440	48,3	209 543	39,4	31 818	8 732	168 993
PIRATEN	227 555	100 860	44,3	65 006	28,6	15 437	3 354	46 215
STAdTISTEN	195 668	73 200	37,4	61 404	31,4	15 369	3 108	42 927
Studentische Liste - junges Stuttgart	133 404	6 164	4,6	74 647	56,0	13 393	15 702	45 552
Stuttgart insgesamt	11 201 360	5 048 714	45,1	4 253 090	38,0	732 619	235 012	3 285 459

Wahlvorschlag	Erhaltene Stimmen aus ...				
	Panaschierungen				
	zusammen	in % von Sp. 1	davon mit ... Stimmen		
			1	2	3
	9	10	11	12	13
GRÜNE	294 644	11,0	56 948	22 572	215 124
CDU	242 065	7,6	40 903	16 566	184 596
SPD	327 858	20,4	58 188	25 104	244 566
FDP	229 668	34,6	27 830	14 134	187 704
Freie Wähler	250 040	31,4	26 946	15 308	207 786
SÖS	167 559	27,5	20 573	8 698	138 288
DIE LINKE	124 878	25,0	19 920	7 332	97 626
REP	22 037	28,6	3 165	1 280	17 592
AfD	65 461	12,3	11 537	4 736	49 188
PIRATEN	61 689	27,1	16 707	5 490	39 492
STAdTISTEN	61 064	31,2	12 892	4 828	43 344
Studentische Liste - junges Stuttgart	52 593	39,4	19 049	4 294	29 250
Stuttgart insgesamt	1 899 556	17,0	314 658	130 342	1 454 556

Tabelle 3: Panaschierstimmenbilanz der Wahlvorschläge bei der Gemeinderatswahl in Stuttgart 2014

		2014	2009	2004
GRÜNE	+	294 644	347 419	283 010
	-	493 722	405 326	216 771
	Saldo	- 199 078	- 57 907	+ 66 239
CDU	+	242 065	240 794	162 417
	-	457 553	468 096	468 077
	Saldo	- 215 488	- 227 302	- 305 660
SPD	+	327 858	322 734	260 048
	-	276 510	330 501	340 249
	Saldo	+ 51 348	- 7 767	- 80 201
FDP	+	229 668	299 453	212 601
	-	100 801	170 803	89 815
	Saldo	+ 128 867	+ 128 650	+ 122 786
Freie Wähler	+	250 040	295 503	265 615
	-	189 752	240 636	167 076
	Saldo	+ 60 288	+ 54 867	+ 98 539
SÖS	+	167 559	129 480	45 479
	-	129 949	76 271	22 760
	Saldo	+ 37 610	+ 53 209	+ 22 719
LINKE	+	124 878	85 904	37 158
	-	75 661	64 481	20 292
	Saldo	+ 49 217	+ 21 423	+ 16 866
REP	+	22 037	34 170	45 478
	-	10 446	25 161	23 018
	Saldo	+ 11 391	+ 9 009	+ 22 460
AfD	+	65 461		
	-	56 219		
	Saldo	+ 9 242		
PIRATEN	+	61 689		
	-	35 585		
	Saldo	+ 26 104		
STADTISTEN	+	61 064		
	-	37 476		
	Saldo	+ 23 588		
Studentische Liste	+	52 593		
	-	35 682		
	Saldo	+ 16 911		

+ = von anderen Wahlvorschlägen erhaltene Panaschierstimmen

- = an andere Wahlvorschläge abgegebene Panaschierstimmen

Tabelle 4: Panaschierstimmenverflechtungen bei der Gemeinderatswahl in Stuttgart 2014 nach Wahlvorschlägen

An Wahlvorschlag	GRÜNE	CDU	SPD	FDP	Freie Wähler	SÖS
GRÜNE		54 188	114 988	9 842	24 981	40 207
CDU	56 241		48 598	42 552	66 094	3 096
SPD	166 823	82 477		9 949	26 669	11 969
FDP	22 244	134 050	19 347		39 427	2 349
Freie Wähler	42 224	124 971	31 437	24 760		5 204
SÖS	91 262	6 721	17 200	2 025	7 668	
DIE LINKE	40 915	3 951	17 504	991	3 348	44 640
REP	944	6 398	770	908	2 461	1 012
AfD	7 335	24 000	4 707	4 701	9 657	4 089
PIRATEN	22 391	5 809	7 823	1 874	3 152	5 343
STADTISTEN	27 123	4 707	6 160	1 214	2 938	8 878
Studentische Liste - junges Stuttgart	16 220	10 281	7 976	1 985	3 357	3 162
Insgesamt an andere Wahlvorschläge abgegeben	493 722	457 553	276 510	100 801	189 752	129 949
Saldo	- 199 078	- 215 488	+ 51 348	+ 128 867	+ 60 288	+ 37 610

An Wahlvorschlag	DIE LINKE	REP	AfD	PIRATEN	STADTISTEN	Studentische Liste - junges Stuttgart	Insgesamt von anderen Wahlvorschlägen erhalten
GRÜNE	18 481	404	4 737	8 416	10 948	7 452	294 644
CDU	2 008	1 708	12 385	2 613	1 849	4 921	242 065
SPD	10 776	515	3 859	4 716	3 943	6 162	327 858
FDP	1 110	591	5 970	1 620	1 014	1 946	229 668
Freie Wähler	2 740	988	9 529	2 693	2 099	3 395	250 040
SÖS	25 076	514	4 230	3 499	6 646	2 718	167 559
DIE LINKE		666	3 102	4 122	3 846	1 793	124 878
REP	1 040		7 838	319	145	202	22 037
AfD	2 813	4 583		1 585	863	1 128	65 461
PIRATEN	6 089	406	2 297		3 166	3 339	61 689
STADTISTEN	3 441	84	1 067	2 826		2 626	61 064
Studentische Liste - junges Stuttgart	2 087	187	1 205	3 176	2 957		52 593
Insgesamt an andere Wahlvorschläge abgegeben	75 661	10 646	56 219	35 585	37 476	35 682	1 899 556
Saldo	+ 49 217	+ 11 391	+ 9 242	+ 26 104	+ 23 588	+ 16 911	

Veröffentlichungen zu den Themen:

Die Gemeinderatswahl am 25. Mai 2014 in Stuttgart,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Themenheft 2/2014

Lucas Jacobi:
**Feststellung der Einwohnerzahlen durch den Zensus 2011 und erste
Einordnung der Ergebnisse,**
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 5/2013, S. 144-153

Thomas Schwarz:
Nutzen des Zensus 2011 für die Kommunen,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 8/2011, S. 273-295

**Kumulieren und Panaschieren – Wie nutzen die Stuttgarter Wähler/innen die
Möglichkeiten des baden-württembergischen Stimmabgabeverfahrens bei
Kommunalwahlen?**
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 7/2009, S. 197-205

Michael Haußmann:
**Wahlbeteiligung von Deutschen und Unionsbürger/innen bei den
Gemeinderatswahlen 1999, 2004 und 2009 im Vergleich,**
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 6/2009, S. 160-161